

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

161 (13.7.1918)

# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

**Bezugspreis:** Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1,10 M., 1/2jähr. 3,80 M., zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,25 M. bezw. 3,60 M., vorauszahlbar.

**Anzeige:** Blatt mittags. Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

**Einzeigen:** Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 J. Plagatsgeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

### Erklärungskleister.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:  
Leute, die in der Enge des parlamentarischen Betriebs zu leben gemohnt sind, leiden zuweilen an der fixen Idee, daß alles Elend der Welt durch Erklärungen beseitigt werden könnte. Besonders wo sich eine politische Krise anbahnt, Gegenstände von äußerster Schärfe sich aufreihen, glauben diese Leute, aus Worten eine Brücke bauen zu können, die über die Klüft hinwegführt. Graf Hertling ist ein alter Parlamentarier, er glaubt an die allheilende Gewalt der Erklärungen und er ist ein Meister in der Kunst, seine Worte klüftlos zu setzen, daß sie dem einen etwas zu geben scheinen, ohne dem andern etwas zu nehmen.

Graf Hertling hat die durch die Entlassung Kühlmanns entstandene Erregung mit dem Ziel seiner Erklärung zu beschwichtigen gesucht. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien sind ihm auch in diesem Bestreben willig entgegen gekommen und die Sozialdemokratie steht mit ihrer scharfen Verurteilung jener gesamten Regierungspolitik, die im Sturz Kühlmanns gipfelte, allein.

Das ist auch wahrhaftig kein Wunder, denn weder in der inneren noch in der äußeren Politik sind die bürgerlichen Parteien von der gleichen Zielstrebigkeit erfüllt wie die Sozialdemokratie. Wenn will man einreden, daß das Zentrum aus des Herzens heißer Begeisterung nach dem gleichen Wahlsiege in Preußen verlange und jeden Reichskanzler, selbst den Reichskanzler eigener Parteifarbe, zu stürzen bereit sei, wenn er mit der Wahlreform nicht ernst mache? Für das Zentrum konnten daher die glatten Worte, in denen Graf Hertling die Vertreibung der inneren Reformen mit aller Energie verspricht, vollkommen ausreichend sein. Man weiß indes ganz genau, daß diese Energie auf ein faules Kompromiß hinsteuert, wobei der Volksvertretung an Rechten genommen werden soll, was dem Volk bei der Wahl der Volksvertretung gegeben wird. Die Rede des Grafen Polakowsky im Herrenhaus hat die Mächte dieses geplanten Kompromisses ziemlich klar aufgedeckt.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist es nicht die ganze Zentrumsfraktion und auch nicht die ganze fortschrittliche Volkspartei, die mit der sozialdemokratischen Partei in Uebereinstimmung steht. Herr Gröber, der in der Ausschussführung für das Zentrum das Wort ergreift, steht in außenpolitischen Fragen in seiner Partei ziemlich weit rechts. Kein Wunder also, daß er sich durch die Erklärung des Reichskanzlers trotz ihrer kaum noch zu überbietenden Magerkeit für befriedigt erklärte. Was hat denn Graf Hertling eigentlich gesagt? Daß aller Welt die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung bekannt sei. Das ist zum mindesten eine sachliche Unrichtigkeit, denn außerhalb des deutschen Reiches glaubt kaum jemand an diese ehrliche Friedensbereitschaft. Man glaubt an sie nicht seit dem Frieden in Brest-Litowsk und man glaubt an sie erst recht nicht seit der Entlassung Kühlmanns. Die ganze ausländische Presse sieht, wie das anders ja kaum möglich war, in der Entlassung Kühlmanns den Sieg jener Richtung, die erst dann „ehrlich friedensbereit“ sein wird, wenn die Gegner bereit sein werden, allen Forderungen der deutschen Regierung aus Eroberungen und Kriegsentwicklungen bedingungslos zu willfahren. Und können wir uns etwa hinstellen und erklären, dem sei nicht so und jene Richtung sei bedeutungslos. Als ehrliche Menschen können wir doch nur sagen, daß zwischen den beiden Richtungen, der einen, die den Verständigungsfrieden will, und der andern, die den Krieg bis zur vollkommenen militärischen Unterwerfung der Gegner fortführen will, ein nun seit vier Jahren währender Machtkampf besteht und daß in diesem Augenblick die Gegner des Verständigungsfriedens anscheinend die Oberhand gewonnen haben.

Der Reichskanzler sagt, in der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsvorschläge der feindlichen Mächte einzugehen, sei die politische Reichsleitung mit der obersten Seeresleitung vollkommen einig. Was sind „wirklich ernste Verhandlungsvorschläge“? Etwas Vorschläge, in denen sich die Gegner bereit erklären, allen Wünschen des deutschen Siegers entgegen zu kommen? Solche Verhandlungsvorschläge werden sie nicht machen, so lange nicht ihre Widerstandskraft vollständig erschöpft ist, und wie lange das noch dauern mag, vermag kein Mensch vorauszuweisen. Der Kanzler hätte zum mindesten sagen müssen, was er unter ernstlichen Verhandlungsvorschlägen versteht, insbesondere, ob er den Vorschlag, Belgiens volle Selbständigkeit wieder herzustellen, als ernst betrachtet oder nicht.

Allerdings, eine Erklärung, die alles wieder gut macht, was unter der Regierung Hertling schlecht gemacht worden ist, läßt sich nicht recht denken. Und darum ist es vielleicht zu unterfragen, ob die Erklärung des Grafen Hertling mehr oder weniger „befriedigend“ ausgefallen ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat schon vor dem Sturz Kühlmanns ihre Erklärung dahin abgegeben, daß sie dieser Regierung nicht einmal den Etat bewilligen könne. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Regierung war damit zureichend gekennzeichnet. Sollte die sozialdemokratische Fraktion sich dazu entschließen, trotz alledem die Kredite zu bewilligen, so dürfte

sie doch keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Bewilligung nur als ein grundsätzliches Bekenntnis zur Landesverteidigung aufzufassen ist und sie müßte sich mit der größten Entschiedenheit jeden Versuch verbitten, aus ihrer positiven Abstimmung ein Vertrauensvotum für die Regierung herauszulesen, das abzugeben sie weder willens noch nach der ganzen Lage der Dinge imstande ist.

### Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 12. Juli. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.** Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu kräftigen Feuerüberfällen. Auf Kampfstellungen und Hintergebäude südwestlich von Ypern und Bailleul, sowie nördlich von Albert wurden stärkere Vorstöße, mehrfach Erkundungsabteilungen des Feindes abgewiesen.

**Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.** Zwischen Nisne und Marne blieb die Tätigkeit der Franzosen reger. In Vorfeldkämpfen am Walde von Villers Cotterets machten wir Gefangene. Ostlich von Reims schlugen wir Erkundungsvorstöße des Feindes zurück.

Leutnant Neffel errang seinen 20. Aufstieg.

Von dem gestern im Anflug auf Koblenz gemeldeten amerikanischen Geschwader fiel auch das sechste Flugzeug durch Abschuß in unsere Hand.

#### Der 1. Generalquartiermeister: Rudendorff.

#### Deutscher Abendbericht.

Berlin, 12. Juli, abends. (W.W. Amtlich.)

Vertische Kämpfe südwestlich Bailleul und auf dem Westufer der Aisne.

#### Ein Appell an Wilson.

W.W. Berlin, 12. Juli. (Nicht amtlich.) Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. Das katholische Friedensinstitut in Freiburg im Breisgau hat mit dem Genfer Komitee für einen dauerhaften Frieden, sowie zahlreiche ihm angegliederte Gesellschaften haben den Präsidenten Wilson telegraphisch, die Rede des Herrn von Kühlmann, sowie die wiederholte Erklärung des Reichskanzlers Grafen von Hertling, daß er die von dem Präsidenten Wilson selber als Basis des Friedens aufgestellten Grundzüge annehme und im Interesse der ganzen Menschheit damit einverstanden sei, in Unterhandlungen über den allgemeinen Frieden auf dieser allgemein angewandten Basis einzutreten, in Berücksichtigung ziehen zu wollen.

#### Neue Versenkungen.

Berlin 11. Juli. (Amtlich.) Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 B.R.Z. versenkt worden.

Berlin, 12. Juli. (W.W. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 000 B.R.Z. feindlichen Handelsschiffraum. Drei von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

#### Eine Ansprache Lloyd Georges.

Bern, 12. Juli. Lloyd George hat nicht verkannt, bei seinem Besuch an der amerikanischen Front auch eine Ansprache zu halten, in der er den Truppen vordemarschierte, daß ihr Erscheinen dem Feinde eine große Enttäuschung bereitet habe. Wollte der Kaiser aber die Bedingungen annehmen, die Wilson in seiner letzten Rede aufgestellt habe, so könne er sofort auch mit England und Frankreich Frieden haben. Lloyd George, dem es auf eine Unwahrheit nicht ankommt, wenn die Gelegenheit sie ihm nahe legt, fuhr fort: Wir verlangen keinen Fuß breit deutschen Bodens, wir wollen Deutschland nicht aus seinem rechtmäßigen Erbe vertreiben.

Wie erinnerlich, hat noch vor wenigen Tagen Bonar Law sich zu den berichtigten Geheimverträgen bekannt, die auf die Zerstückelung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hinauslaufen.

#### Der Kampf um die Rohstoffe.

London, 11. Juli. (Reuters.) Auf einer großen Versammlung der Organisation der englischen Produzenten in Queenshall in London hielt der australische Premierminister Hughes eine Rede, in der er betonte, wie unbedingt notwendig es sei, daß England sich industriell und wirtschaftlich organisiere, um die finanziellen Lasten nach dem Kriege tragen zu können. Die Handelsstatistiken Englands und Deutschlands lieferten den Beweis, daß die englische Politik vor dem Kriege sich nicht bezahlt machte. Zudem waren viele der besten Räume in den industriellen Gebäuden des Reiches von den Deutschen oder von deutschen Agenten besetzt so daß in großer Teil des Handels der scheinbar englisch war nicht vollständig dem Nutzen Englands diene. Sofortiges Handeln ist notwendig.

wendig. Einige wünschen noch immer nach dem Krieg die Hand des deutschen Bruders zu ergreifen und wünschen noch immer das Prinzip der „offenen Tür“. Auch die Deutschen wünschen es, aber Deutschland will dieses Prinzip nach dem Muster von Brest-Litowsk durchführen. Emil Zimmermann hat gesagt: „Deutschlands Aufstieg hängt hauptsächlich von der englischen Politik der „offenen Tür“ ab. Dies beruht auf der Tatsache, daß England und die übrigen Länder, die in großem Maßstab Rohstoffe produzieren, uns erlauben, aus ihren großen Vorratskammern Rohstoffe zu nehmen. Wenn uns diese Erlaubnis entzogen wird, werden wir sofort wieder das Deutschland von 1880.“ Ich stimme mit Zimmermann vollkommen überein. Ohne gewisse Rohstoffe kann keine Nation hoffen, große Industrien aufzubauen, oder auch nur sich in der Welt zu behaupten. Das englische Reich ist im Besitz dieser Rohstoffe. Die Frage ist nur: zu wessen Vorteil werden wir sie gebrauchen, zu unserem eigenen oder dem unserer Feinde? Es ist von größter Bedeutung, daß die Aufsicht über die Quellen der Rohstoffe, sowie über die Kanäle, durch die sie weitergeleitet werden, sichergestellt wird. Die Organisation, die erforderlich wird, schließt nicht nur Pflichten, sondern auch Prämien und jede Art Beistand, der notwendig sein könnte, ein. Die Hilfsmittel dieses mächtigen Reiches sind nahezu unbegrenzt. So wollen wir es auch als ein großes, einheitliches Reich organisieren.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Haag, 11. Juli. Das Korrespondenz-Bureau meldet amtlich: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß am 22. Juni um 11.40 Uhr vormittags bei Duderichs (Gemeinde Gluis) zwei Bomben abgeworfen wurden. Es wurde eine Person verwundet und Sachschaden angerichtet. Die Untersuchung der Bombenstücken hat ergeben, daß die Bomben britischen Fabrikats waren. Der niederländische Gesandte in London wurde deshalb beauftragt, bei der britischen Regierung nachdrücklich gegen diese neuerliche Verletzung des neutralen Gebiets, wobei beinahe eine Person ums Leben gekommen wäre, zu protestieren und die Erwartung der niederländischen Regierung auszusprechen, daß die britische Regierung den Schaden vergüten wird.

Haag, 12. Juli. Wie aus London drahtlos gemeldet wird, hat Admiral Sims in einer Rede in London mitgeteilt, daß Amerika nun bereit sei, monatlich ungefähr 52 000 Mann in Geleitzügen nach England und Frankreich zu senden.

London, 11. Juli. Das Reutersche Bureau meldet noch über den Flug des Königs und der Königin von Belgien nach England, daß die Vorbereitungen dazu in aller Stille getroffen worden waren. Es wurden Wasserflugzeuge befestigt, wovon jedes einen Jahrgast aufnehmen konnte. Der Flug über den Kanal ging ohne Zwischenfall vonstatten. Der König und die Königin landeten in einem englischen Hafen, wo für ihre Weiterfahrt Automobile bereitstanden.

Amsterdam, 11. Juli. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß in der Flugzeugfabrik Alliance Aeroplane Company ein Streik ausgebrochen ist. Munitionsminister Churchill habe energische Gegenmaßnahmen ergriffen. Die Regierung werde auf Grund des Reichsverordnungsgeetzes und des Munitionsgegesetzes die Fabrik selbst übernehmen.

W.W. Bern, 12. Juli. (Nicht amtlich.) Nach Mitteilungen des Pressebüros des Armeestabs sind bis 9. Juli in der schweizerischen Armee 6800 Erkrankungen an der spanischen Grippe vorgekommen. Die weitaus meisten Erkrankungsfälle fielen auf Infektionsgrippe. Bis 9. Juli ereigneten sich 24 Todesfälle, darunter ein Arzt und zwei Sanitätsbediensteten, die ihrer Pflichterfüllung zum Opfer fielen. Unter der Zivilbevölkerung forderte die Krankheit bisher mehrere Opfer. Eine einzige Ortschaft hatte 7 Tote. Bei den in der gleichen Ortschaft untergebrachten ca. 150 englischen Internierten sind 6 Fälle tödlich verlaufen.

### Die Lage in Rußland.

W.W. Stockholm, 12. Juli. (Nicht amtlich.) Am 8. Juli 1918 wurde folgende von der kommunistischen Fraktion beantragte Entschließung vom Sowjetkongress mit erdrückender Mehrheit angenommen: Die fünfte Landesversammlung der Arbeiter und Soldaten billigt vollständig die innere und äußere Politik des Rates der Volkskommissare und bekräftigt von neuem den unerschütterlichen Willen der Arbeiter und Soldaten, das Land nicht in einen neuen Krieg hineinzuziehen zu lassen. Das Rußland der Sowjets wird jedem Versuch gegen das russische Gebiet von Seiten jedweder imperialistischen Regierung tatkräftig Widerstand leisten. Das Rußland den Sowjets wird unerbittlich gegen die Volksfeinde verfahren, die das Land zu Gunsten der Imperialisten der einen oder der anderen Koalition verraten. Die Landesversammlung billigt gleichzeitige die Ernährungspolitik und die Schaffung von Komitees armer Bauern, die nicht die Arbeit der Armen ausbeuten. Der Zeitraum, der sich bis zur neuen Ernte erstreckt,

haus. 4122  
itwe.  
e.  
fämlichen fänd.  
Karlsruhe 20  
gegen die W  
Abgabe an die  
Kundhaft in  
mache 25.  
enstag, den 16.  
M. 1.— für  
4120  
draße.  
ngige  
ere  
t kauft  
Gartenam  
ruhe. 4120  
teratur  
n von der  
Volkshreund  
he 24.  
hen festig  
Volkshreund.  
rsruhe.  
fmann. Hndel  
ina, B. Kar  
dner, Friedr  
m, B. Gotthilf  
Karl Juretz  
Anna Luise,  
B. Friedrich  
rich Dietrich  
Stadtaglöcher.  
e von Ludw  
J. alt. Ehe  
aufmann, Ehe  
r a. D., Ehe  
Mainenach.  
diener. Mar  
einrich Woffel  
artin Höger,  
n, 89 J. alt.

ist der härteste für die Arbeiterbevölkerung der Städte. Die schärfsten Maßnahmen werden zur Bekämpfung der bürgerlichen Gegenrevolutionäre und ihrer Agenten ergriffen werden, die aus der augenblicklichen Lage Nutzen zu ziehen versuchen. Die Landesversammlung ruft alle Arbeiter und Bauern auf, einmütig für die Sowjets einzustehen.

### Ausland.

**Anfrage gegen Bratiano.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit, daß die neue rumänische Regierung die Behörden und die von der Regierung abhängigen Banken von den Günstlingen und Parteigängern Bratianos säubere. Gegen den Führer der liberalen Partei, der das Land in so verhängnisvoller Weise in den Abgrund des Krieges gezogen habe, soll eine Anfrage wegen Verletzung der Ministerverantwortlichkeit erhoben werden, die besonders auch auf jenem Artikel der Verfassung basiert, der besagt: „Die Zulassung einer fremden Truppe in den Dienst des Staates, die Erlaubnis für sie, das Gebiet Rumaniens zu besetzen oder durch dieses Gebiet zu ziehen, kann nur auf Grund eines besonderen Gesetzes erfolgen.“ Bratiano hat diese Bestimmungen ebenso offensichtlich mißachtet, wie er die rechtzeitige Mittelung des militärpolitischen Abkommens mit Rußland an die Kammer unterlassen hat. Wird der ehemalige Ministerpräsident für schuldig erklärt, so droht ihm die Entziehung des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von drei Jahren bis auf Lebenszeit. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ kann aber einen gelinden Zweifel nicht unterdrücken, ob es der rumänischen Regierung auch bitter Ernst ist, oder ob sie nur Theater spielen wollte.

**Bukarest, 12. Juli.** (Nicht amtlich.) Aus Jassy wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung der Kammer erwähnte der Abg. Stoian das verabschiedungswürdige Attentat gegen den Grafen Kirbach und lenkte gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Regierung auf die auf rumänischem Boden befindlichen französischen Agenten. Kammerpräsident Wehner erklärte, daß die Kammer sich den Äußerungen des Abgeordneten des Abg. Stoian anschließen und der deutschen Regierung ihr lebhaftes Bedauern zum Ausdruck gebracht habe. Der Minister des Äußeren erklärte seinerseits, daß die Regierung das Attentat bereits scharf verurteilt habe und bezüglich der französischen Agenten verstehen würde, ihre Pflicht zu tun.

**Bukarest, 11. Juli.** (Nicht amtlich.) Der Minister rat beschloß, die Judenfrage auf breiterer Grundlage zu lösen und etwaigen Benachteiligten das Recht der Berufung an den Obersten Gerichtshof zuzugestehen. Bei Einbringung der vorgeschriebenen Nachweise wird den das Staatsbürgerrecht anstrebenden Juden weitgehendes Entgegenkommen befundet.

### Gewerkschaftliches.

**Erhöhung der Feuerungszulage im Buchdruckgewerbe.** Der bis zum Jahre 1916 gültige und seit dieser Zeit zweimal auf je ein Jahr verlängerte Buchendertarif sah in seinen drei Altersstufen folgende Minimallöhne vor: Bis 21 Jahre 25.— M., von 21—24 Jahren 26.— M., über 24 Jahre 27,50 M. Mit Einschluß der für die einzelnen Orte je nach ihren Feuerungsverhältnissen entsprechend abgestuften Lokalaufschläge von 24 bis 26 Proz. (zur letzteren Kategorie gehören nur Berlin, Hamburg-Altona und Stralsund) erhöhten sich diese Löhne (bei 25 Proz.) wie folgt: Bis 21 Jahre 31,25 M., von 21—24 Jahren 32,50 M. und über 24 Jahre 34,38 M. Daß angesichts der rasenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mit solchen Löhnen die Existenz der Arbeiterklasse des Buchens nicht mehr ermöglicht werden konnte, mußten selbst die Unternehmer einsehen. Eine Revision des Tarifes erschien aus verschiedenen Gründen angesichts der ungesägten Verhältnisse während des Krieges nicht angebracht. So behielt man sich denn mit Feuerungszulagen. Nach viermaliger Erhöhung dieser betrug im November 1917 die Gesamterhöhung des Lohnes im Mindestmaß 39,7 Prozent, im Höchstmaß 75,2 Prozent, bei einem Gesamtdurchschnitt von 43,0 Proz., oder nach einer vom Tarifamt der Buchdrucker veröffentlichten Statistik der Durchschnittslöhne in Orten ohne Lokalaufschlag 37.— M., in solchen mit 25 Proz. Lokalaufschlag 61,46 M.

### Finnisch Land.

Eine Reiseerinnerung.

Das Dampfschiff klopft durch das Bottnische Meer. Eine Menge Finnen sind an Bord, wittergebräunt, mit breiten Backentöcken, aus Amerika heimkehrende Auswanderer, zumeist verheiratete Leute. Der nehmen sie sich aus und genötigt in ihrer Kleidung und in ihren schweren Bewegungen; auch in ihren Blicken ist Schwere.

Ihre Auslandsfahrt hat ihnen kaum viel eingetragen. Arm sehen sie aus. Sie reisen auf dem billigsten Klap. Wenn sie essen, bekommen sie einen großen Korb voll Kartoffeln auf Deck hinaus, einen Zirkel mit Fischen und einen Eimer Sauce. Die Kartoffeln schälen sie, jowest sie kein Taschenmesser haben, mit den Fingern. Sie besetzen von der Kartoffel ab und greifen den Fisch mit der Hand.

Auf dem Schiff bilden sie eine kleine Gesellschaft für sich. Nicht nur dank ihrem äußeren Gebaren, sondern auch dank etwas anderem, etwas Seelischem, das sich namentlich in ihren Augen zeigt, wie sie übers Meer blicken nach Finnland zu. Wir anderen bewegen uns einzeln ungezwungen und frei, möchten so viel als möglich leben und uns unterhalten. Die Finnen bleiben dicht beieinander, sie leben nicht ringsum, sie leben nur, was, den anderen verborgen, in der Ferne liegt. Und sie unterhalten sich nicht, nicht mit anderen, nur wenig untereinander. Aber sie verstehen sich, sie fühlen miteinander die gemeinsame Sehnsucht, die sie insgeheim verbindet. Die läßt sie hier auf dem Schiff eine besondere Gesellschaft für sich bilden, die über das Interesse für uns andere, gewöhnliche Dampfschiffsfreunde erhaben ist.

Ich umkreiste die Finnen und bekam ab und zu einen einzelnen zu fassen. Ein Finne erzählte mir, er habe eine Schwester dabei. „Nur werde ich sie sehen. Ob sie mich wohl erkennt, wenn ich eintrete? Ihre kleinen Kinder sind jetzt natürlich groß. Erkennt sie mich wieder, soll ihr ältester Junge meine Farm haben. Erkennt sie mich nicht, bitte ich um ein Nachsehen und antwortet sie ja, so soll der Junge auch

Die im Mai d. J. tagende außerordentliche Generalsversammlung des Verbandes veranlaßte, kein Tarifamt den Antrag auf weitere angemessene Erhöhung der Feuerungszulagen oder, bei seiner Ablehnung, auf Revision des Tarifs zu stellen. Nach dreitägigen, von beiden Seiten hartnäckig geführten und mehrmals vom Abbruch bedrohten Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, ab 1. August d. J. eine weitere Erhöhung der Feuerungszulage um 10.— M. pro Woche und ab 1. Dezember eine weitere Erhöhung eintreten zu lassen. Diese beträgt für Orte bis 7½ Proz. Lokalaufschlag 3 M., bis 15 Proz. Lokalaufschlag 4 M. und über 15 Proz. Lokalaufschlag 5 M. Ferner tritt eine Erhöhung des Lohnes für Überstunden ein, es soll nunmehr nach dem tariflichen Grundlohn plus 50 Prozent Zuschlag und den üblichen Stundenzuschlägen entschädigt werden.

Können diese Erhöhungen auch nicht als voller Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung gegen früher bezeichnet werden, so bilden sie doch einen ganz beachtenswerten Erfolg der Organisation.

**Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gaueiter des Zimmerverbandes** tagte am 27. und 28. Juni in Leipzig. Sie befaßte sich zunächst mit den Fragen der Uebergangswirtschaft, jowest sie das gewerkschaftliche Interesse berühren. Einen wesentlichen Punkt bei den Beratungen bildeten die Arbeitsvermittlung sowie die Arbeitsnachweisfrage, die bei der Demobilisierung besonders in den Vordergrund treten dürften. Die Konferenz befaßte sich im weiteren mit Tariffragen und den Feuerungszulagen. Wie im allgemeinen während des Krieges die Tarifverträge eine starke Erschütterung erfahren haben, so ist auch in einer beträchtlichen Anzahl von Zählstellen des Zimmerverbandes eine starke Strömung gegen den Tarifvertrag aufgetreten, die noch durch die Tarifpraxis während des Krieges sowie durch verschiedene Entscheidungen der Hilfsdienstgesetzeskommissionen und das Eingreifen einzelner Kreisamtsstellen zugunsten der Arbeiter genährt worden ist. Auch die angesichts der verteuerten Lebenshaltung ganz unzulänglichen Feuerungszulagen im Baugewerbe haben zur Verstärkung dieser Strömung beigetragen. Ungeachtet dessen stellte sich die Konferenz auf den bisher schon dem Zimmerverbande vertretenen Standpunkt: für Tarifverträge nicht aber Tarifverträge um jeden Preis! Darüber liegen indes die Teilnehmer keinen Zweifel, daß in Mitgliebetreibern allgemein mit einer baldigen weiteren Feuerungszulage gerechnet werde, da die Verteuerung des Lebensunterhalts bei dem heutigen Einkommen einfach unmöglich sei.

### Landgesellschaft Westmark.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages lag der Entwurf der Gründung einer Landgesellschaft Westmark vor, der die in Elsaß-Lothringen in Liquidation befindlichen Güter zum Schätzwert übernehmen soll, um dort national zuverlässige Personen anzusiedeln. Abg. Böhle-Strasburg wandte sich scharf gegen die Politik, die hier in Elsaß-Lothringen eingeschlagen werden soll. Nach § 4 der Satzungen dieser Landgesellschaft sollen Elsaß-Lothringische Staatsangehörige von der Siedelung ausgeschlossen bleiben, auch sei beabsichtigt, in der Hauptsache in diesen nur von Katholiken bewohnten Landesanteilen Protestanten anzusiedeln. Der Urheber dieser Politik sei der bekannte Professor Wenzhard, der wirtschaftliche Berater im Hauptquartier. Das Verprechen, das die Elsaß-Lothringische Regierung im vorigen Landtag abgab, sei nicht eingehalten worden. Die Elsaß-Lothringische Regierung sowie der Landtag seien vielmehr vollständig auf die Seite getreten worden. Keine andere süddeutsche Regierung und deren Landtag würde sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Ein Ausschuß des Reichstages dürfe sich nicht mißschuldig machen an dieser Vergeßlichkeit der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung. Staatssekretär v. Stein verteidigte den Standpunkt der Regierung und versicherte, die Gesellschaft werde „durchaus loyal verfahren“.

Abg. Erzberger bezeichnet dieses Vorgehen als so ziemlich das schlimmste, was man bisher auf diesem Gebiete erlebt habe. Professor Wenzhard habe die Ostpolitik verbrochen und er sei auch der Urheber der Politik, die man jetzt in Elsaß-Lothringen einschlagen wolle. In der Landgesellschaft Westmark sei keine einzige süddeutsche Gesellschaft vertreten. Die meisten Stammesfinnen seien in ostelbischen Händen. Er verlangt, daß eine süddeutsche Gesellschaft mit Einschluß von Elsaß-Lothringern gegrün-

det werde. Der vorgelegte Vertrag sei außerdem eine glatte Verleugung der Reichsverfassung. Staatssekretär v. Stein bestritt, daß die Reichsverfassung verletzt worden sei, das Staatsgesetz von 1917 gebe der Regierung das Recht, in dieser Weise vorzugehen. Abg. Hauß (Elsässer) stellt fest, daß der Elsaß-Lothringische Landtag ebenso wenig wie die dortige Regierung mit der Angelegenheit befaßt worden sei. Ueber den Kopf dieser Körperlichkeiten hinweg habe man diesen Weg zum Schaden der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung beschritten. Die Gesellschaft beschränkt sich nicht allein darauf, die Grundstücke zu übernehmen, die ihr von der Regierung überwiesen werden, sondern sie kaufe auch in anderen Teilen des Elsaß Grundstücke auf. Der Gesellschaft dürfe das angebotene Monopol auf keinen Fall eingeräumt werden. Politisch sei das Vorgehen der Regierung zu verwerfen, denn durch diese Politik würde die einheimische Bevölkerung gegen die Eingewanderten zusammengeschlossen werden zum Schaden des Landes. Er verlangt, daß eine Elsaß-Lothringische Anstiedlungsgesellschaft gebildet werde.

Der Haushaltsausschuß setzte am Mittwoch die Verhandlungen über die Landgesellschaft Westmark fort. — Abg. Emmer kritisiert die Benachteiligung der Stadt Rülkhausen i. V. Auf den Anstiedlungsvertrag übergehend, stellt Emmel fest, daß der Straßburger Bürgermeister Schwander mit den beabsichtigten Maßnahmen nicht einverstanden ist. Gegen die Verwendung der liquidierten Güter im nationalen Interesse ist nichts einzuwenden, aber in der Art der Ausführungen muß die Elsaß-Lothringische Volksvertretung bestimmend eingreifen können. Mit politischen Motiven erreicht man in den Reichslanden nichts. — Ein Antrag des Zentrums will, daß süddeutsche, rheinische und reichslandische Interessen die Mehrheit des Stammkapitals erhalten. Im Ausschusse sollen auch Vertreter des Reichstages und des Elsaß-Lothringischen Landtages sitzen. Dem Reichstag soll regelmäßig Rechenschaft abgelegt werden. Bei der Ansiedlung sollen vorwiegend süddeutsche Ansiedler, unter Wahrung des konfessionellen Bestandes, bevorzugt werden. — Von Rednern der verschiedensten Parteien wurde der Anstiedlungsplan lebhaft kritisiert, Abg. Liesching betonte besonders, daß in der neuen Landgesellschaft die Kreise den maßgebenden Einfluß haben, die der Vaterlandspartei nahe stehen. Als national zuverlässig gelten offenbar nur Leute, die auf dem Boden der Vaterlandspartei stehen. Die ganze Sache ist wieder einmal in den Reichslanden Hauptquartier ausgebrochen worden und die Regierung soll diesen bedenklichen Plan nun vertreten. — Nur der Redner der Konservativen, Graf Carmer, vermochte gewisse Vorzüge in dem Anstiedlungsplan zu entdecken. — Staatssekretär v. Stein erklärt, daß die Regierung die volle Verantwortung für den Plan trage. Redner schildert vertraulich die Entwicklung der Sache, wobei er zu beweisen sich bemüht, daß das große Hauptquartier nicht beteiligt war. Kein Mensch denke daran, Süddeutsche von der Ansiedlung auszuschließen, am wenigsten die Reichsregierung. Wenn süddeutsche Kapital weniger beteiligt ist, so liegt das nur an der Zurückhaltung süddeutscher Institute, denen aber der Beitritt noch vorbehalten ist. Die Aufspaltung der Sache ist sehr bedauerlich und dem Unternehmen nicht förderlich. Es handelt sich um weiter nichts, als um die nutzbringende Verwertung des liquidierten französischen Westens. Der Vertrag ist rechtskräftig geschlossen, der Reichstag kann daran nichts mehr ändern, weshalb man nun ruhig die Ausführung abwarten soll. — Abg. Ledebour polemisiert gegen den Staatssekretär und verwirft den ganzen Vertrag. Den Reichstag hat man wieder einmal vor vollendete Taten setzen lassen. Was man jetzt im Westen will, ist nichts weiter, als eine Nachahmung der Ostmarkenpolitik. — Die Elsässer Hauß und Winkler beantragen die Aufhebung des Vertrages und dafür unter Leitung der Elsaß-Lothringischen Regierung eine Elsaß-Lothringische Siedelungsgesellschaft zu schaffen. — Abg. Erzberger tritt für diesen Antrag ein, der in seinem zweiten Teil den ursprünglichen Absichten der Regierung entspricht. Der jetzige Plan soll nur dazu dienen, die Angleichung der Reichslande an Preußen vorzubereiten, weshalb hat man die Mitwirkung der Elsaß-Lothringischen Regierung ausgeschlossen. Kein anderer Bundesstaat hätte sich einen solchen Eingriff gefallen lassen. Diese Siedelungsgesellschaft ist eigentlich nichts weiter als ein Hugenberg-Pongern. Aus Süddeutschland hat man nur solche Gesellschaften zum Beitritt eingeladen, von denen man wußte, daß sie nicht kapitalkräftig sind. Die treibenden Kräfte sind Katastisten, die in Elsaß-Lothringen nach dem Muster der Ostmarkenpolitik arbeiten wollen. Der Vertrag dürfte nicht ohne Zustimmung des Reichstages abgeschlossen

mit übervollem Herzen, und es war ihnen unmöglich, ein Wort zu sprechen, ganz unmöglich in dieser Stunde.

Ihre Blide, ihre ganze Haltung waren ein einziges Verlangen nach dem finnischen Strand. So wird das armjelige Steinland im Norden, so das schön Land der taubend Seen von seinen Kindern geliebt, die als Jungen und Mädchen in fremdes Land hinausgezogen sind und nun wieder zurückkehren, erfüllt von der Idee, aus der einst Finnlands Zukunft erlöschen wird.

Wir andern beschließen uns ehrerbietig still im Hintergrund. Wie der erste Streifen Landes sichtbar wird, erklingen die ersten Töne von Unser Land, unser Land, unser Vaterland.

Sie fangen mehrstimmig als Kinder des reichen Volkes der Nieder, das im Lande des Kalewa wohnt:

Unser Land ist arm, wirds immer sein Für den der Gold begehrt. Der Fremde stolz vorüberfährt — Doch dieses Land, es ist uns wert; Für uns mit Herde, Rhythe, Stein Wirds immerdar ein Goldland sein.

Und wir anderen hörten ehrerbietig zu und fanden, ein Land, das so geliebt wurde, müsse in Wahrheit ein Goldland sein. Wir haben nicht ringsum, nicht das Schiff, auf dem wir uns befinden. Wir haben nur den Vorderstevens eines Schiffes, das, Schaum am Bug, festlich vorwärts strebte, mit Finnlands heimkehrenden Söhnen und Töchtern, die nach dem Heimatland verlangten. Alle fangend mit selbem Gesichtsausdruck. Sie haben lange geschwiegen, nun singen sie ihr Heimweh, ihre Liebe aus voller Brust, und der Gesang steigt an zu einem Brausen, noch schöner als des Meeres Raunen an Finnlands steinigere Klippe.

Und nun ging die Sonne auf. Die singenden Finnen auf dem Vorderstevens des Schiffes, die heimwärts feuern dem finnischen Lande zu, das im Glanz der aufgehenden Sonne daliegt, das ist das Finnland der Zukunft, das wir erblickend werden, sobald der Nebel dieser Tage vermischt ist.

Lobano E. H. L. D. B. G. (Annotierte Uebersetzung)

werden, da dies Reichsverfassung Änderungen an. Die Klößen worden übernommen. Die Anstiedlungsvertrag zum Schaden der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung beschränkt sich nicht allein darauf, die Grundstücke zu übernehmen, die ihr von der Regierung überwiesen werden, sondern sie kaufe auch in anderen Teilen des Elsaß Grundstücke auf. Der Gesellschaft dürfe das angebotene Monopol auf keinen Fall eingeräumt werden. Politisch sei das Vorgehen der Regierung zu verwerfen, denn durch diese Politik würde die einheimische Bevölkerung gegen die Eingewanderten zusammengeschlossen werden zum Schaden des Landes. Er verlangt, daß eine Elsaß-Lothringische Anstiedlungsgesellschaft gebildet werde.

Der Haushaltsausschuß setzte am Mittwoch die Verhandlungen über die Landgesellschaft Westmark fort. — Abg. Emmer kritisiert die Benachteiligung der Stadt Rülkhausen i. V. Auf den Anstiedlungsvertrag übergehend, stellt Emmel fest, daß der Straßburger Bürgermeister Schwander mit den beabsichtigten Maßnahmen nicht einverstanden ist. Gegen die Verwendung der liquidierten Güter im nationalen Interesse ist nichts einzuwenden, aber in der Art der Ausführungen muß die Elsaß-Lothringische Volksvertretung bestimmend eingreifen können. Mit politischen Motiven erreicht man in den Reichslanden nichts. — Ein Antrag des Zentrums will, daß süddeutsche, rheinische und reichslandische Interessen die Mehrheit des Stammkapitals erhalten. Im Ausschusse sollen auch Vertreter des Reichstages und des Elsaß-Lothringischen Landtages sitzen. Dem Reichstag soll regelmäßig Rechenschaft abgelegt werden. Bei der Ansiedlung sollen vorwiegend süddeutsche Ansiedler, unter Wahrung des konfessionellen Bestandes, bevorzugt werden. — Von Rednern der verschiedensten Parteien wurde der Anstiedlungsplan lebhaft kritisiert, Abg. Liesching betonte besonders, daß in der neuen Landgesellschaft die Kreise den maßgebenden Einfluß haben, die der Vaterlandspartei nahe stehen. Als national zuverlässig gelten offenbar nur Leute, die auf dem Boden der Vaterlandspartei stehen. Die ganze Sache ist wieder einmal in den Reichslanden Hauptquartier ausgebrochen worden und die Regierung soll diesen bedenklichen Plan nun vertreten. — Nur der Redner der Konservativen, Graf Carmer, vermochte gewisse Vorzüge in dem Anstiedlungsplan zu entdecken. — Staatssekretär v. Stein erklärt, daß die Regierung die volle Verantwortung für den Plan trage. Redner schildert vertraulich die Entwicklung der Sache, wobei er zu beweisen sich bemüht, daß das große Hauptquartier nicht beteiligt war. Kein Mensch denke daran, Süddeutsche von der Ansiedlung auszuschließen, am wenigsten die Reichsregierung. Wenn süddeutsche Kapital weniger beteiligt ist, so liegt das nur an der Zurückhaltung süddeutscher Institute, denen aber der Beitritt noch vorbehalten ist. Die Aufspaltung der Sache ist sehr bedauerlich und dem Unternehmen nicht förderlich. Es handelt sich um weiter nichts, als um die nutzbringende Verwertung des liquidierten französischen Westens. Der Vertrag ist rechtskräftig geschlossen, der Reichstag kann daran nichts mehr ändern, weshalb man nun ruhig die Ausführung abwarten soll. — Abg. Ledebour polemisiert gegen den Staatssekretär und verwirft den ganzen Vertrag. Den Reichstag hat man wieder einmal vor vollendete Taten setzen lassen. Was man jetzt im Westen will, ist nichts weiter, als eine Nachahmung der Ostmarkenpolitik. — Die Elsässer Hauß und Winkler beantragen die Aufhebung des Vertrages und dafür unter Leitung der Elsaß-Lothringischen Regierung eine Elsaß-Lothringische Siedelungsgesellschaft zu schaffen. — Abg. Erzberger tritt für diesen Antrag ein, der in seinem zweiten Teil den ursprünglichen Absichten der Regierung entspricht. Der jetzige Plan soll nur dazu dienen, die Angleichung der Reichslande an Preußen vorzubereiten, weshalb hat man die Mitwirkung der Elsaß-Lothringischen Regierung ausgeschlossen. Kein anderer Bundesstaat hätte sich einen solchen Eingriff gefallen lassen. Diese Siedelungsgesellschaft ist eigentlich nichts weiter als ein Hugenberg-Pongern. Aus Süddeutschland hat man nur solche Gesellschaften zum Beitritt eingeladen, von denen man wußte, daß sie nicht kapitalkräftig sind. Die treibenden Kräfte sind Katastisten, die in Elsaß-Lothringen nach dem Muster der Ostmarkenpolitik arbeiten wollen. Der Vertrag dürfte nicht ohne Zustimmung des Reichstages abgeschlossen

### Die Ausst.

An

Der Hauptamt des Reichstages Sekretäre und ge

politische Lage i

Abg. Erzberger

Die Reise d

Blatt aus L

Schippe jetzt au

zweis 38 Person

lager in Gromi

find 100 Person

Die Explosi

Thon" gibt über

Eingelassen bel

ungeheure Explo

war und alle Be

zahlreichen Wöh

Explosion herrsch

in diese Rauchg

Explosion, die e

gründlich herum

Darauf folg

11 Uhr abends

füchtiger. Die

die Rettung der

schien. Eine Be

bebröht. Die Per

ganze Nacht hin

den umliegenden

außerordentlich

einstellten.

Erfas! Die

letzte Wintertag

stell mit benedi

soll den Wangp

nager Wanderer

ter Geist herauf

sammung Fron

Sung aus stark

aufgebaut, so h

...eine glatte Ver...  
 ...stein befreit...  
 ...Einsatzgesetz...  
 ...Beise vorzugehen...  
 ...hingische Land...  
 ...er Angelegenheit...  
 ...erhalten hinweg...  
 ...hingischen Ver...  
 ...sich nicht allein...  
 ...von der Regie...  
 ...anderen Teilen...  
 ...das angeführte...  
 ...Politik sei das...  
 ...diese Politik...  
 ...geworden zu...  
 ...s. Er verlangt...  
 ...gebildet werde...  
 ...Verhandlungen...  
 ...Gemeinlich kriti...  
 ...Auf den...  
 ...daß der Straf...  
 ...sichtigen Maß...  
 ...ung der Quali...  
 ...eingubenden...  
 ...sach-Lothringische...  
 ...polnischen We...  
 ...Ein Antrag des...  
 ...hländische In...  
 ...Im Auf...  
 ...es schaf-Lothrin...  
 ...mäßig Neben...  
 ...den vorliegenden...  
 ...ionellen Wechs...  
 ...verschiedenst...  
 ...ert, Abg. Lie...  
 ...dgeellschaft die...  
 ...aterlands...  
 ...n offenbar nur...  
 ...Die ganze...  
 ...artier aus...  
 ...enlichen Plan...  
 ...n, Graf Car...  
 ...elungsplan zu...  
 ...die Regierung...  
 ...bedner schüdt...  
 ...zu beweisen...  
 ...beteiligung war...  
 ...scheidung aus...  
 ...in süddeutsches...  
 ...der Zurückhal...  
 ...noch torbehalten...  
 ...sich und dem...  
 ...weiter nichts...  
 ...n französischen...  
 ...der Reichstag...  
 ...ufig die Aus...  
 ...emifert gegen...  
 ...Den Reichs...  
 ...sachen ge...  
 ...weiter, als eine...  
 ...Gauß und...  
 ...es und dafür...  
 ...die schaf-Loth...  
 ...Erzberger...  
 ...Teil den ur...  
 ...jetzige Staat...  
 ...Freunde an...  
 ...ber der schaf...  
 ...hätte sich...  
 ...ngsgesellschaft...  
 ...Aus Süd...  
 ...beitritt einge...  
 ...schaf-Lothrin...  
 ...wollen. Der...  
 ...abgeschlossen...  
 ...ch, ein Wort

...kommen wir vorurteillos entgegen. Wir kennen ihn nicht und werden ihn daher nach seinen Taten beurteilen können.  
 Reichskanzler Graf Hertling ging auf die Rede des Abg. Stresemann mit einer kurzen Erwiderung ein, in der er den wichtigsten Teil seiner gestrigen Ausführungen über die Ziele der Reichspolitik im Osten und Westen noch einmal unterstrich. Er schloß mit den Worten: Helfen auch Sie, meine Herren, mit, daß wir im Innern die Einheitsfront behalten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde. Helfen Sie alle mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir führen werden, solange wir ihn führen müssen, zum ehrenvollen Ende des Krieges bestehen.

### Die Aussprache über die politische Lage. Annahme der Kriegskredite.

Berlin, 12. Juli.  
 Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute in Anwesenheit des Reichskanzlers Grafen Hertling, fast sämtlicher Staatssekretäre und zahlreicher Abgeordneter die Aussprache über die politische Lage fort.

Abg. Stresemann (Natl.) schließt sich in seiner Beurteilung der Persönlichkeit des Staatssekretärs v. Kühlmann den gestrigen Ausführungen des Abg. Erzberger an. Staatssekretär v. Kühlmann halte unsere Unterstützung für eine lange Periode seiner Amtszeit. Er war von uns nicht grundsätzlich bekämpft worden. Die letzte Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann, die ja die Ursache seines Sturzes geworden ist, ließe das Augenmaß für die Wirkung seiner Ausführungen in einem Maße fehlen, wie es bei einem Staatsmann niemals vorkommen dürfte. Wir verstehen angeht dieser Rede, daß der Staatssekretär um seine Entlassung gebeten hat, und wir können dem Herrn Kanzler daher nur zustimmen, wenn er für die Genehmigung dieses Abschiedsgesuches eintrifft. Die Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers lehnen wir ab. Das mit den Parteien besprochene Programm hat er loyal durchgeführt. Die sozialdemokratischen Vorwürfe gegen den Reichskanzler sind daher durchaus hinfällig.

In der Frage der auswärtigen Politik liegen die Schwierigkeiten der Durchführung klar vor Augen. Es müssen alle verfügbaren Mittel erschöpft werden, ehe an die Ausführung gegangen werden kann. Daß das der Kanzler im gegebenen Moment durchsetzen wird, unterliegt keinem Zweifel.  
 Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik fassen wir die Antwort auf die Resolution als einen diplomatischen Akt auf und sind nicht der Meinung, daß man durch die Bildung bestimmter Formeln zur Beendigung des Krieges beitragen. Von einer Kundgebung über die Herausgabe Belgiens vermögen wir uns keine fernwirkende Wirkung zu versprechen. Ein vertrauliches Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Leitung der auswärtigen Politik muß bestehen. Dem neuen Staatssekretär

### Aus aller Welt.

**Die Reize der „spanischen“ Krankheit.** Wie ein Amsterdamer Blatt aus Loffen und Suis erzählt, scheint die spanische Grippe jetzt auch auf Holland überzugehen. In Loffen sind bereits 38 Personen erkrankt. Auch im englischen Internierungs-lager in Gromingen ist die spanische Grippe ausgebrochen. Dort sind 100 Personen bis jetzt krank geworden.

**Die Explosionkatastrophe von Grenoble.** „Nouvelles de Lyon“ gibt über die Explosionkatastrophe in Grenoble weitere Einzelheiten bekannt. Am 3. Juli, 3 Uhr morgens, fand die erste ungeheure Explosion statt, die im weitesten Umkreise zu vernehmen war und alle Fensterheben Grenoble zum Verstein brachte. In zahlreichen Wohnungen stürzten die Wände ein. Während der Explosion herrschte eine unbeschreibliche Panik. Die Stadt war in dicke Rauchwolken gehüllt. Kurz darauf erfolgte die zweite Explosion, die gleichfalls schweren Schaden anrichtete. Die inzwischens heruntergefallenen Kolladen wurden sämtlich zerstört. Darauf folgten sich die Explosionen ohne Unterbrechung bis 11 Uhr abends. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwierig. Die Bekämpfung der Bevölkerung war unheimlich, da die Rettung der Sprengfabrik und des Gaswerks zweifelhaft erschien. Eine Zeitlang war Grenoble von vollkommener Ferkörung befallen. Die Eisenbahnlinie nach Lyon war unterbrochen. Die ganze Nacht hindurch flüchteten die Einwohner von Grenoble und den umliegenden Ortschaften nach Westen. Der Sachschaden ist außerordentlich bedeutend. Einige Fabriken mußten den Betrieb einstellen.

**Erst! Der Rauch- und Wanderklub „Höhenrauch“ hält seine letzte Winterfeier.** Die Verlosung zahlreicher, auf einem Gefüll mit beneidenswertem Geschmack aufgestapelter Pakete Kabak soll den Glanzpunkt des Abends bilden, der schon stark im Zeichen naher Wamderfreuden steht. Bevor jedoch des Zufalls launenhaftes Geißt heraufbeschworen wird, nimmt die festlich geklimme Versammlung Front nach dem „Gabeltempel“, und mächtig steigt der Song aus starker Männerbrust: „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut, so hoch da droben!“

Abg. Wasmuth (D. Frkt.): Aus der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann klang eine solche Verzögerung, ein solcher Kleinmut heraus, daß das Verbleiben des Staatssekretärs in seiner Stelle die Uebereinstimmung der führenden politischen und militärischen Kreise mit seiner pessimistischen Auffassung bedeutet hätte. Herr v. Kühlmann hat es selbst gefühlt und selbst zu jener Entlassung gedrängt. In dem vom Kanzler betonten Gegensatz des Vernichtungswillens unserer Feinde und unserer Bereitwilligkeit, ernstgemeinten Friedensvorschlägen entgegenzukommen, ist das Bekenntnis eingeschlossen, daß man untererwärts die Periode der Friedensangebote endgültig für abgeschlossen hält und daß die Auffassung unserer Staatsleitung vorherrscht, daß neue Friedensangebote von unserer Seite entgegen der redlich gemeinten Absicht kriegsverlängernd statt kriegsverfürzend wirken.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Eine Niederzwingung aller Völker, die mit uns im Kriege stehen, ist nicht möglich. Das muß auf dem Verhandlungswege geschehen. Kühlmann hätte bei diesen seinen Worten stehen bleiben sollen. Redner kritisiert die deutsche Diplomatie und schließt: Notwendig sei, daß auf beiden Seiten klare Kriegsziele aufgestellt und bekannt gegeben werden. Wird Deutschland in diesem Punkte volle Klarheit schaffen, so werden die Völker der Entente Staaten ihre Regierungen zwingen zum Frieden.

Darauf wurde der Nachtragset über die Kriegskredite von 15 Milliarden bei Stimmhaltung der Rechten gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Auf Vorschlag des Reichsfinanzsekretärs wird zur Beachtung von Anträgen betreffend die Bewirtschaftung des Stickstoffs und des Aluminiums in der Friedenswirtschaft ein Unterausschuß eingesetzt.  
 Damit sind die Arbeiten des Hauptauschusses erledigt. Wiederzujammentritt in der ersten Oktoberwoche.

### Belgien.

Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Ueber die Ausführungen, die der Reichskanzler heute vor dem Hauptauschuß über die belgische Frage gemacht hat, sind in der Öffentlichkeit Darstellungen verbreitet worden, die Mißverständnisse hervorgerufen könnten. Wir geben daher nachstehenden in Betracht kommenden Teil der Rede des Reichskanzlers ausführlich wieder: Anknüpfend an seine gestrige Darstellung hat der Reichskanzler ausgeführt: Was die Zukunft Belgiens anbetrifft, so bedeutet, wie ich gestern schon gesagt habe, die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir ein Hauptpand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Hauptpandes liegt es, daß man das, was man als Pand in Händen hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten. Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar gesagt habe, daß das nach dem Kriege wieder erstehende Belgien als selbständiges Staatswesen keinem als Vasallen unterworfen, mit uns in gut freundschaftlichen Verhältnissen lebt. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an eingenommen habe und auch heute noch einnehme. Meine Herren! Diese Seite meiner Politik steht auch durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen gestern dargelegt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf die Weltberichter gerichtete Tendenz fernzulegen hat, halten wir auch unser Friedensziel dementsprechend. Was wir wollen, das ist die Unverletzlichkeit unseres Territoriums, das ist freie Luft für die Entwicklung unseres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das ist natürlich auch die notwendige Sicherheit für künftige schwierige Verhältnisse. Das gilt vollkommen auch für den Standpunkt, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber in einzelnen festlegen läßt, das hängt von den künftigen Verhandlungen ab, darüber kam ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich muß mich damit begnügen, diese allgemein maßgebenden Richtlinien hier nochmals festgesetzt zu haben und so glaube ich doch, an Sie jetzt die Bitte richten zu dürfen, helfen Sie mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde. Helfen Sie alle zusammen mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir zu führen gezwungen sind, solange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Frieden bestehen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Juli.

Am Bundesratslich von Bayer, Graf Adern, Präsident Februnbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt General von Wrisberg: In seiner Reichstagsrede vom 3. Juli hat der Abgeordnete Scheidemann behauptet, bei uns werde die Berichterstattung über die Fliegerangriffe meistens unterdrückt. Diese Behauptung entbehrt der sachlichen Grundlage. Gemäß Verfügung der obersten Obergensurteile werden von den selbst. Generalkommandos, Gouvernements, Kommandanturen usw. sachliche Darstellungen über den jebermann erkennbaren Sach- und Personenschaden in der Presse ihres Verlehrs bereichs veröffentlicht.  
 Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Pöze (Soz.) weist darauf hin, daß in Warschau und Lodz Antrufe angeschlagen gewesen seien, die zu Boaromen

gegen die jüdische Verdrückerung aufzuerstehen, und verlangt Maßnahmen dagegen, besonders ob die polnische Regierung beauftragt werden solle, für die Folge gegen die Urheber solcher Pogromaufrufe vorzugehen.

Unterhauptssekretär Dr. Leinwald: Diese Anschläge wurden selbstverständlich jedesmal so schnell als möglich von den deutschen Polizeiorganen entfernt. Bei dem Mangel an Polizeimannschaften ist es jedoch denkbar, daß an manchen Stellen die Antrufe nicht sofort beseitigt wurden.

Eine Anfrage des Abg. Voßhein (F. Sp.) beantwortet General von Wrisberg: Die im Bereich des 2. Armeekorps für das Auftreten der zum Seeresdienst als „a. v. Heimat“ eingezogenen Rechtsanwälte vor Gericht nachzufordern Genehmigung wird unterschiedslos und ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit erteilt. Eine Kontrolle ihrer Tätigkeit vor Gericht durch untergeordnete Militärorgane findet nicht statt. Vorschriften für Richter der Kriegsgerichte über die Ausübung ihres Richteramtes bestehen nicht. Es ist lediglich der Geschäftsgang der Kriegsgerichte gemäß dem Belagerungszustandsgesetz geregelt.

Auf eine Anfrage Weinhausen (F. Sp.) betr. Beteiligung des deutschen Zuderhandels, soweit er schon vor dem Kriege die Zudereinfuhr von Rußland betrieben hat, am Zuderimport aus der Ukraine, erwidert

Gehemrat von Simson: Ueber diese Frage haben Besprechungen mit Vertretern des Zuderhandels in Hamburg stattgefunden. Die Verhältnisse in der Ukraine liegen aber so, daß für die Beteiligung des Handels noch kaum Raum vorhanden ist. Der Zuder in der Ukraine hat meistens beschlagnahmt werden müssen. Freihändig zu erwerbende Vorräte sind in nennenswerter Menge nicht vorhanden.

Abg. Müller-Meinigen (F. Sp.) fragt nach Maßnahmen, um den lokalen Verkehr zwischen Seeresangehörigen und Reichstagsabgeordneten auch in militärischen Angelegenheiten, der von vielen militärischen Stellen mit Strafe bedroht sei, zu gewährleisten.

General von Wrisberg: Wie bereits von einem Vertreter der Seeresverwaltung im Reichstage erklärt worden ist, besteht ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen den Angehörigen der Armee und den Reichstagsabgeordneten nicht. Wenn Fälle von Verstößen deswegen vorgekommen sind, so kann ihnen nur nachgegangen werden, wenn das Kriegsministerium nähere Angaben hierüber erhält. Daß bei einzelnen Truppenteilen speziell dahingehende Verbote bestehen, ist der Seeresleitung nicht bekannt.

Ein Anfrage des Abg. Stülken (Soz.) betr. Urlaubs-sperre bei Gefangenen-Heberwachtungs-Bataillonen im Falle des Entweichens von Gefangenen, beantwortet

Oberst von Franzstedt: Wenn Urlaubsjuridiktionen beim Entweichen von Kriegsgefangenen allgemein angeordnet werden sollten, obwohl ein zwingender Grund die Urlaubs-sperre auf alle Mannschaften auszubehnen, nicht besteht, so könnte das nicht gestattet werden. Sollten solche Fälle dem Kriegsministerium bekannt werden, so wird für die Beseitigung unbilliger Härten gesorgt werden.

Abg. Dr. von Schulze-Gravenitz (F. Sp.) wünscht, daß im Interesse der kleinen Ost- und Westpremer den Gemeinden die ungetriebliche Anzahl von Tuppernen Brenneffeln solange belassen werden, bis ein greifbarer Ersatz geschaffen werden kann.

Hauptmann von Siedt: Das Kriegsministerium hat eine Verordnung an die Kommunalverbände erlassen, derzufolge in jeder Gemeinde ein oder mehrere Brenneffeln auf bestimmte Zeit zurückgestellt werden können.

Auf eine Anfrage des Abg. Günster (F. Sp.) betr. die wirtschaftliche und finanzielle Lage unserer kriegsgefangenen Offiziere, erwidert

General von Owen: Eine allgemeine Gewährung eines Teiles des Offiziersgehältes bei Bedürftigkeit wird erzwungen. Einer Erhöhung der vereinbarten Sätze würden Verhandlungen mit den einzelnen Staaten vorausgehen müssen.

Abg. Ruffell (U. Soz.) fragt, ob der Reichskanzler bereit sei, zu veranlassen, daß den deutschen Soldaten in der Ukraine ihre Verläge nicht in österreichischer, sondern in deutscher Währung ausbezahlt werden, damit sie durch den Kurssturz der österreichischen Währung nicht geschädigt werden.

General von Owen: Der Generalquartiermeister hat unter dem 18. März 1918 angeordnet, daß in der Ukraine in erster Linie in russischen Rubeln zu zahlen ist, und wenn solche nicht zur Verfügung stehen, in Mark oder Kronen. Diese Anordnung ist unter dem 18. April 1918 dahin geändert worden, daß Kronen zur Zahlung nicht mehr zu verwenden sind.

Darauf wird die zweite Lesung des Branntweinsteuergesetzes fortgesetzt.

Eine große Reihe von Paragraphen wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. — Nach § 132 sollen die Kranken-laffen und Knappschaftskrankentassen für jedes Mitglied im Jahre eine Mark Rückvergütung aus der Monopollasse erhalten. In Verbindung mit dieser Vorschrift beantragt Dr. Mund (Fr. Sp.) in § 252 b bei den Rückvergütungen einzufügen: „Acht Millionen Mark zur Ermächtigung der Kosten für alkoholhaltige Feuermittel für die minderbemittelten Bevölkerungsteile, insbesondere die Mitglieder der Kranken- und Knappschaftskassen. Während Abg. Feder-Arnberg (Zentr.) es bei den Beschlüssen des Ausschusses zu belassen wolle, erjudet Direktor im Reichschatamt Menschel um Annahme des Antrages Mund.

Abg. Koch (Soz.): In erster Linie werden wir für die Ansschufassung stimmen. Sollte diese nicht Annahme finden, so wollen wir die Summe wenigstens auf 16 Millionen Mark erhöhen, denn mit 8 Millionen Mark ist nichts zu machen.

Abg. Graf (Konf.): Der Jahresbedarf für Alkohol in Arznei, Mundwasser, Branntwein usw. betrug bisher 16 000 Hektoliter, wofür der Betrag von 8 Millionen Mark genügt, gegebenenfalls würde die Summe sicherlich erhöht.

Der Antrag Mund wird angenommen. Die Bestimmung des § 132 wird gestrichen. — In § 252b wird der Satz eingefügt unter Erhöhung der Summe auf 16 Millionen Mark. — Nach § 151 darf kein Branntweinerwerb in den Verlehrs gebraucht werden, solange die Monopolverwaltung einer Vereinigung von Kornbrennern die Uebernahme und Bewertung von Kornbranntwein überläßt.

Abg. Dr. Bärwinkel (Natl.) beantragt nachstehende Fassung: Mischungen von Kornbranntwein mit weingeisthaltigen Erzeugnissen anderer Art dürfen nicht unter der Bezeichnung „Kornbranntwein“ oder unter einer ähnlichen Bezeichnung, die auf die Herstellung aus Korn schließen läßt, in den Verlehrs gebracht werden. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Sammel sprung ergibt die Annahme des Antrages mit 177 gegen 98 Stimmen. — In § 252b (Ueberweisung für Wohlfahrts- und Wirtschaftszwecke)

folgen u. a. vier Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht zur Verfügung gestellt werden. — Die Abstimmung bleibt zweifelhafte. Beim Sammelsprung stimmen 161 mit Ja, 121 mit Nein. Die Bestimmung ist somit angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen. — Damit sind die Steuerentwürfe in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betr. Abänderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage angenommen. In einigen Punkten wird die Regierungsvorlage angenommen.

Ein Antrag Göttsche (F. Vp.) auf Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten wird angenommen.

Inzwischen werden noch zwei Anfragen erledigt.

Auf die Anfrage des Abg. Göttsche (F. Vp.) über die Schritte, die zur Ueberführung der deutschen Gefangenen aus den afrikanischen Kolonien Italiens nach Italien selbst unternommen worden sind, erwidert

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger: Die deutsche Regierung hat in der Verständigung über Gefangenenträger mit Italien bestimmen lassen, daß die deutschen Zivilpersonen in den italienischen Kolonien auf ihren Wunsch nach Italien zu verbringen sind. Diese Verständigung ist bisher nicht in Kraft getreten, weil die italienische Regierung sich nicht verpflichtet, von weiteren Liquidationen deutschen Eigentums sowie von Eingriffen in den Besitz wissenschaftlicher Institute in Italien abzusehen. Sobald die Verständigung in Kraft tritt, wird die Regierung für die Verbringung der Deutschen nach Italien Sorge tragen.

Abg. Frhr. v. Rüdiger (Natl.) fragt nach dem Schutz der deutschen Interessen in Monaco.

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger: Monaco hat eine Anzahl Deutscher aus Monaco ausgewiesen und macht Deutschen die Fortführung ihrer Geschäftsbetriebe unmöglich, wie sie auch für die Verwaltung des deutschen Eigentums keine Sorge trägt. Die Reichsregierung hat den Schutz der deutschen Interessen verlangt. Sollte eine befriedigende Antwort nicht ergehen, so werden wir zur Sicherung der deutschen Forderungen zur Beschlagnahme des in unserer Rechtsphäre befindlichen monacischen Eigentums schreiten, insbesondere desjenigen des Fürsten von Monaco.

Darauf wird die Aenderung des Kalgesetzes angenommen. Das Gesetz betr. die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen wird in dritter Beratung angenommen.

Sodann werden die zurückgestellten Abstimmungen über die Resolutionen zu den vor einigen Tagen entgegengenommenen Verfügungen über Ernährungs-, Kohle- und Besoldungsfragen vorgenommen. — Die Resolutionen werden angenommen.

Eine große Reihe von Petitionen wird nach den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Es folgt der mündliche Bericht des Haushaltsausschusses über die Papierbelieferung der Zeitungen.

Abg. Göttsche (F. Vp.) empfiehlt als Berichterstatter eine Resolution auf Fortzahlung der bisherigen Zuschüsse zu den Kosten der Papierbelieferung der Zeitungen und Ausdehnung derselben auch auf Wochen- und Monatsblätter.

Die Resolution wird angenommen.

Sodann beginnt die dritte Lesung der Steuerentwürfe und zwar mit der außerordentlichen Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen für das Rechnungsjahr 1918.

Abg. Reil (Soz.): Mit dieser Steuerentwurf bekommt das Reich mehr, als es ursprünglich haben wollte. Trotz ihrer großen Mängel stimmen wir der Kriegsabgabe zu, ferner dem Wechselstempelgesetz, dem Gesetz über die Steuerflucht und die Errichtung eines Reichsfinanzhofes. Auch der Schaumweinsteuer stimmen wir zu. Die übrigen Verbrauchssteuern lehnen wir ab.

Reichsfinanzsekretär Graf v. Aldern: Mit dem Ergebnis der Verhandlungen ist die Reichsregierung zufrieden. Das Schiff, mit dem wir gefahren sind, hat vom Reichstag Tafel und Ladung bekommen. Der Reichsfinanzhof ist eine dringend erwünschte Einrichtung. Er wird nicht nach Berlin, sondern nach Süddeutschland, gelegt. (Bravo im Zentrum.) § 8a, der der Regierung die Ermächtigung gibt, die Aktiensteuer auf zwei vom Tausend zu erhöhen, wird erst in

späterem Stadium befolgt werden. Jedenfalls wird von dem Ermächtigungsrecht in umfangreicher Weise Gebrauch gemacht werden. (Bravo.)

Abg. Bernheim (L. Soz.): Wenn man direkte und indirekte Steuern einführen muß, so verstehe ich nicht, daß man die indirekten zuerst verweigern muß. Die Verbrauchssteuern lehnen wir ab. Von den Umsatzsteuern stimmen wir der Luxussteuer zu. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Der Präsident ruft die einzelnen Gesetze im ganzen auf und erklärt die Annahme des Kriegsabgabegesetzes, des Wechselstempelgesetzes und des Bierzolles, des Wein- und des Schaumweinsteuergesetzes, der Mineralwasser- und Limonadensteuer und der Zölle für Kaffee, Tee, und Saftolade, sowie die Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphengebühren.

Beim Reichsstempelgesetz beantragen die Sozialdemokraten die Bezüge aus fideikommissarisch gebundenem Besitz mit 10 Proz. zu belassen.

Reichsfinanzsekretär Graf v. Aldern: Ich bitte aus formalen Gründen um Ablehnung des Antrages. Die Regierung kann einem solchen Vorschlag, der nicht in den Rahmen dieser Steuerentwürfe hineinpakt, nicht zustimmen. (Unruhe.)

Ueber den Antrag wird namentlich abgestimmt.

Von 307 Abgeordneten stimmen 151 für den Antrag, 154 dagegen bei 2 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist somit abgelehnt. Das Reichsstempelgesetz wird dafür angenommen. Ebenso die Umsatzsteuer, das Steuerfluchtgesetz und das Gesetz betr. Errichtung eines Reichsfinanzhofes.

Bis auf das Branntweinmonopol sind somit die Steuerentwürfe erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr vormittags: Petitionen, Branntweinmonopol, andere Vorlagen, Besoldungsgesetz. Schluß 1/8 Uhr.

### Aus der Partei.

s. Ettlingen, 11. Juli. Sozialdem. Verein. Wir machen unsere Mitglieder und Freunde nochmals auf die am Samstag abend bei Zehle stattfindende Versammlung aufmerksam. In derselben wird über den Vorschlag berichtet und über die Wohnungsfrage gesprochen. Parteilose werden herzlich eingeladen und agitiert für die Versammlung. (Siehe Vereinsanzeiger.)

r. Nafstätt, 13. Juli. Es sei nochmals auf die heute abend 1/2 Uhr stattfindende Parteiverammlung aufmerksam gemacht und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

### Kommunalpolitik.

Vorschlagsberatung in Ettlingen.

r. Ettlingen, 10. Juli. Der Bürgerausschuß trat am Montag den 8. Juli zu einer Sitzung zusammen, um den Vorschlag für 1918 zu beraten und zu genehmigen. Der Bürgermeister gab in anderthalbstündigen Ausführungen ein inhaltreiches Programm. Wir müssen schon sagen, fehlt es dem Kollegium nicht an Einsicht und Weitsicht, so wird es unserem Stadtoberhaupt gelingen, Großes zu leisten. Das was Bürgermeister Huegel will und sagt, ist Arbeit für eine Lebensaufgabe; es bedarf aber hierzu auch der Initiative der städtischen Körperschaften. Da, wo es gilt, Dinge durchzuführen, die jahrelang liegen blieben, wird es sehr schwer fallen, große Probleme aufzubauen. Eine Stadt von 10 000 Einwohnern muß dem „Bug der Zeit folgen“, will sie nicht unter die Räder kommen. Unterlassungsünden, die Jahrzehnte zurückliegen, lassen sich nur unter Aufbietung aller Kräfte eingemessen gutmachen. Schwere Wunden werden nie vernarben und deren hat Ettlingen leider viele. Es ging eben hier wie in so mancher mittelgroßen Stadt. Die Politik war eingestellt auf den Gang des Alltags. Tausend Mühsüßen, die nun einmal den „ruhigen Spiegel“ leiten, rächen sich oft sehr — sehr bitter. Projekte zum Teil aus der Zeit Dr. Hofners stammend, liegen noch vor. Zum Teil betreffen dieselben Verschönerung des Stadtbildes, zum Teil Arbeiten in hygienischer Hinsicht. Die Verwirklichung dieser Pläne wird erst der Friedensschluß lösen können. In seinen weiteren Ausführungen behandelt der Bürgermeister die Kanalisation, Wohnungsfrage, Schul- und Armenwesen und das Gebiet der Sozialpolitik in umfangreicher Weise und mit großer Kenntnis. In der anschließenden Diskussion wurde dem Bürgermeister von „fast“ allen Fraktionen Mitarbeit zugesagt. Von unserer Seite sprach Gen. Stöhrer, von den Fortschrittlichen Dr. Durlacher, vom Zentrum Altenbach, von der Bürgervereinerung Maier und von den Nationalliberalen Limberger. Es war wieder Dr. Durlacher, der unseren Redner vorwarf, zu arg in politische Fahrwasser gekommen zu sein. Es ist ein altes Hebel dieser Herren, sie müssen immer den Schirmhalter spielen. Genosse Stöhrer blieb Dr. Durlacher auf die Anpassung die Antwort nicht schuldig. In der Spezialdiskussion trat unsere Fraktion für verschiedene Wünsche ein, so bezüglich der Ausbreitung der Sozialpolitik, der Ausgestaltung der Volksschule, Schülerpejnung, Erwerb von Vermögenswerten und der Selbstbewirtschaftung von Gütern. Die Einnahmen betragen 418 400 Mk. die Ausgaben 754 000 Mk. Durch Umlage sind 37 664 Mk. zu beden. Die Umlage beträgt für 1918 30 Pf. für 100 Mk. Steuerwert des Vermögens, 30 Pf. für 100 Mk. Steuerwert des Betriebsvermögens, 15 Pf. für 100 Mk. Steuerwert des Kapitalvermögens, 48 Pf. für 1 Mk. Steuerwert des Einkommensteuerjahres. Die Genehmigung des Vorschlags erfolgte namentlich und einstimmig. Es erfolgte noch die Wahl in die Abhör- und Kontrollkommission. Die alte Kommission, bestehend aus Limberger (alt), Altenbach (Ztr.) und Frank (Soz.) wurde wieder gewählt. In vorgerückter Nachtstunde schloß der Bürgermeister die Sitzung.

### Baden.

Aenderung der badischen Gemeindebesteuerung.

In Baden ist ein Gesetz in Kraft getreten, wonach die auf Grund des Doppelsteuergesetzes von den badischen direkten Steuern und wegen des engen Anschlusses der Gemeindebesteuerung an die staatliche Besteuerung auch gemeindebesteuerfrei gebliebenen Einkommen aus einem Dienstverhältnis, eines Berufs- oder Kapitalvermögens vom 1. Januar 1918 an zur Gemeindebesteuerung herangezogen werden können. Mehrfache Gesetzesbestimmungen bestanden schon vorher in Preußen und Bayern, wo die Gemeindebesteuerung von der Staatsbesteuerung unabhängig war. Zur Vermeidung einer gemeindlichen Doppelbesteuerung ist den Gemeinden das Recht eingeräumt, eine Umlageminderung oder Umlagebefreiung von

sich aus zugugesehen. Da in Baden nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen lediglich eine Veranlagung zu den direkten Staatssteuern statfindet, welche auch für die Gemeindebesteuerung maßgebend ist, so findet anlässlich der alljährlichen Feststellung der direkten Staatssteuern eine vormerkungswürdige Veranlagung der hierher gehörigen Einkommen und Kapitalvermögen statt. Das neue Gesetz enthält noch die wichtige Bestimmung, daß Neuangehende, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz begründen, vom Tag ihres Aufzuges am neuen Wohnort gemeindesteuerpflichtig werden, wenn sie ihren Aufwuchs dajelöst über die Dauer von 3 Monaten ausdehnen.

\* Nafstätt, 12. Juli. In einer der letzten Nächte übernahm ein Unbekannter in einer hiesigen Wirtschaft und verschwand der Frühe des anderen Tages unter Wahrung der Zimmer- und der erreichbaren Schutze. In das Fremdenbuch trug sich Dieb mit einem völlig unleserlichen Namen ein.

\* Bretten, 13. Juli. In Engberg bei Maulbronn wurden dem württembergischen Landjäger verschiedene Schleißhirsche festgestellt, die teilweise im Besitz beträchtlicher Mengen Bären waren. Einem Händler aus Mühlacker wurden 54 Pfunde Bären angenommen, das er nach Forstheim schaffen wollte. Bei einer Hausdurchsuchung wurden in den Betten große Mengen Fleisch von Geheimschlachtung herrührend gefunden.

\* Bretten, 12. Juli. Im benachbarten württembergischen Amptlingen hat der Landjäger einen Händler aus dem Baden in dem Augenblick abgefaßt, als dieser eine Schafherde von 20 Stück im Werte von 30 000 Mk. ohne Erlaubnis über die Grenze bringen wollte.

Baden-Baden, 13. Juli. Seit einiger Zeit schon macht bei der Kartenspiele (An- und Abmeldungen) des hiesigen Turnvereins bemerkbar, daß sich Leute durch unklare Bestimmungen in den Besitz erheblicher Mengen von Lebensmitteln zu setzen wissen. Der Stadtrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesen betrügerischen Manipulationen beschäftigt und beschlossene, veridächtige Bestimmungen einzuführen und in öffentlichen Erlaß darauf hinzuweisen, daß diejenigen gehalten, welche sich zu Unrecht Lebensmittel zu verschaffen wissen zur Anzeige gelangen und außerdem eine Kürzung von Lebensmitteln zu erwarten haben. Ferner hat der Stadtrat beschlossen, den Auswüchsen im Droickfenneisen, die Tage durch veridärfte Ueberwachung zu sichern.

Singen (Hohentwiel), 13. Juli. Eine schwere Wirtin hat sich in dem eine Stunde von hier entfernten Landort Uebelingen am Neckar zugetragen. Der schon wegen einer früheren Diebstahls und Einbrüche vorbestrafte in Singen wohnte Josef Webermann sollte in Uebelingen a. N. verhaftet werden. Hierbei gab Webermann auf den Polizeibeamten Seheimer einen Schuß ab, der diesen so schwer verletzte, daß alsbald starb. Der Täter entfloh in der Richtung gegen Singen. Bei seiner Verfolgung schoß er auf den Gendarmenmeisterlitz Sirz von Rabolz, jedoch ohne zu treffen.

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 13. Juli.

Die neue Abgabe von den Postgebühren bringt Erhöhung der bereits einmal erhobten Sätze. Im Zukunft sollen Kosten der Briefe 10 Pf., Fernbriefe 15 Pf., Postkarten im Ortsverkehr 7 1/2 Pf., im Fernverkehr 10 Pf., Drucksachen (bisher frei) bis 50 Gramm 2 Pf., bis 100 Gramm 2 1/2 Pf., über 100 Gramm 5 Pf., Geschäftsbriefe, Warenproben über 100 Gramm 5 Pf., Pakete bis 5 Kilogramm (1. Zone) 10 Pf., sonst 15 Pf., Zuschlag, über 5 Kilogramm (1. Zone) 20 Pf., sonst 30 Pf., Zuschlag, Postanweisungen bis 100 Mark 5 Pf., über 100 Mark 10 Pf. Abgabe (Schwedische bleibt frei), Telegramme das Wort 5 Pf. (bisher 7 Pf.). Fernsprechkosten 10 v. H. Zuschlag. Gesamtvertrag: 125 Millionen Mark.

Kleiderabgabe. Die städtische Bekleidungsstelle weist, was aus dem Interzessent zu ergeben ist, darauf hin, daß von der für die Reichsbekleidungsstelle aufzubringenden 3600 Mannentagen erst ungefähr 1700 Stück aufgebracht wurden. Da die freiwillige Abgabe am 15. Juli zu Ende sein wird, ist die Besondere Abgabe und Enteignung zu gewärtigen.

Fahrplanänderungen. Vom Montag den 15. Juli ab treten auf verschiedenen badischen und außerbadischen Bahnhöfen Fahrplanänderungen in Kraft. Die neuen Zugführungen sind an den Stationen zu erfahren.

Der Frühkartoffelpreis in Baden. Um verschiedene in Baden nicht zutreffende Nachrichten über den Frühkartoffelmarkt richtig zu stellen, die in einige Wälder in Baden übergegangen sind, sei mitgeteilt, daß die Badische Kartoffelverwertung den Preis für den Zentner Frühkartoffel aus der Erde 1918 beim Verkauf durch den Erzeuger mit Wirkung vom 1. Juli darauf festsetzt hat, daß er 9 Mk. nicht übersteigen darf. Der Preis wird allmählich herabgesetzt, bis er am 15. Sept. d. J. den Höchstpreis für Herbstkartoffel der voraussichtlich wieder 6 Mk. für den Zentner beträgt, erreicht hat.

Förderung des Kleinwohnens. Der Badische Bau- und hat den Stadtrat um Förderung seines auf die Beschaffung von Kleinwohnungsmöbeln, insbesondere für Kriegsgezeichnete, gerichteten Unternehmens. Zu diesem Zweck soll die Stadt dem Bau- und als Betriebskapital ein Drittel des Verkaufspreises der auf Abzahlung verkauften Möbel darlehensweise zur Verfügung stellen und eine örtliche Sicherheitskassette bilden lassen, die dazu bestimmt ist, die Hälfte der sich etwa beim Abholungsgeheimt ergebenden Verluste zu decken. Der Stadtrat erklärte sich in seiner letzten Sitzung zur Unterstützung des Vereins in der gewünschten Weise grundsätzlich bereit.

Sonntag im Stadtpark. Am Sonntag, den 14. Juli, nachmittags von 3 1/2—7 Uhr, finden bei schönem Wetter Volksmäßige Musikführungen von der Kapelle des Inf.-Reg. 1. Bad. Grenadier-Regt. Nr. 108 statt. Abends im Anseigentel.

Luzern-Lichtspiel. Martha Kavelitz zeigt sich in dem Programm ab heute in ihrem neuesten Film „Das Gemessen der Andern“, ein Drama in 5 Akten mit Bruno Dellart, Theodor Loos und Bruno Kästner in den übernehmenden Hauptrollen. Die Hauptrolle in dem zweifaktigen Lustspiel „Was man aus Liebe tut“ wird von Hanna Brinkmann dargestellt. Zum Schluß wird noch die einaktige Komödie „Der gestreifte Albert“ mit Albert Raung gegeben.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Schubert-Schumann-Abend. Mit solcher Art, Feste zu feiern, mag es nun der Geburtstag einer Fürstin oder sonst ein festlicher Anlaß sein — wie das Hoftheater letzten Dienstag den Geburtstag des Großherzogs beging, können auch wir uns immer und stets einverstanden erklären. Man kann sogar nur bedauern, daß es erst solch eines Anlasses bedurfte, um einmal die Hoftheaterleitung, oder wer sonst Veranstalter der Veranstaltung war, zu bewegen, einen Abend von solch künstlerischer Höhe, von solch schmuckvoller gediegener Zusammenstellung und solch vornehmer Ausführung zu geben. Der Abend galt unseren deutschen Deutschen Schubert und Schumann den beiden Romantikern, deren reize und wunderbare Sprache so innig zum Herzen spricht, an deren Melodienreichtum man sich nie satt genug hören kann, deren Schaffen so ganz von sonniger Heiterkeit, gemühtem Frohsinn und stiller besonnener Träumerei erfüllt ist. Ein Quintett von Schumann, op. 44, das Hornquintett von Schubert, die A-Moll-Sonate für Pianoforte und Violine von Schumann und Lieber von Schumann und Schubert waren die Perlen, die aus dem reichen Schatz des meisterlichen Schaffens darzubieten wurden. Trefflich dazugehörten wurden, denn erst die Wiedergabe der Werke durch unsere einheimischen Künstler, die Herren Hofkonzertmeister Deman, Kammervirtuos Heinrich Müller, Kammermusiker Paul Trautwetter, Hofmusiker Carl Schiedt und Hofmusiker Willy Grabert sowie durch Professor Max Bauer aus Stuttgart und Frau Kammerfängerin Lauer-Kottlar machte den Abend zum Fest. Was die Künstler boten, war sichtlich vollendet. Die Quintette erschienen wie aus einem Guß, glänzendes Zusammenspiel betätigte sich hier bei dennoch freier Wahrung der einzelnen Künstlerpersönlichkeit, all die Hofbarkeiten dieser herrlichsten Schubert-Schumannschen Musik wurden hier zum Erläutern gebracht. Gleich vollendet war die Wiedergabe der Sonate durch Professor Bauer und Herrn Deman. Herr Deman verläßt nun auch Karlsruhe, man wird das Schicksal dieses Künstlers ebenso bedauern und beklagen müssen wie das so manches Andern, von dem man noch nicht weiß, wie er ergeht wird. Groß und bedeutend zeigte sich Frau Lauer-Kottlar in der Wiedergabe der Lieber, Herr Cortelezis war ihr dabei ein feinfühligster, ihren Wünschen sich aufs engste anschließender Begleiter. Das überaus zahlreiche Publikum dankte für all die schönen Gaben begeistert; er war auch ein wirkliches Fest, dieser Abend.

h. w.

Footballverein... Sport... beim Inf... L. We... Die Ausg... des Monats... 2901... 5801... 8701... 11601... Die Ausg... der Stadt... Arbeitsamt... Kräfte... Der Ein... Geheime...

Fußballwettkämpfe. In Weiertheim findet am kommenden Sonntag die Vorentscheidung um die Süddeutsche Meisterschaft...

Sport. Man schreibt uns: Einen großen sportlichen Erfolg brachten die vom Kriegsortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine...

Am 18. Juni fiel durch einen Granatsplitter ins Herz auf dem Schlachtfelde mein geliebter Gatte, unter unbegreiflicher Sorge, Bruder und Schwager. Greiter Emil Dürr, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl.

Trauerhüte in reicher Auswahl stets vorrätig. L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg.

Reichskleiderabgabe. Von den 3600 hier aufzubringenden Männeranzügen sind bis jetzt erst ungefähr 1700 zusammengebracht worden.

Bekanntmachung. Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Juli 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungs...

Gesucht tüchtige Stenotypistinnen. Eintritt sofort oder später. 4046. Stadt. Arbeitsamt Stellennachweis.

kräftige Arbeiter. Der Eintritt kann sofort erfolgen. Meldungen beim Portier. 4124. Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.

prächtigen Leistungen und schlossen mit einer Ehrenrunde für die gefallenen Sportsleute. Darauf hielt der Vorsitzende des Süddeutschen Fußball-Verbandes Herr Amtsgerichtsrat Dr. Popper...

Residenz-Theater, Waldstraße, hat im Spielplan vom Samstag bis einschl. Dienstag 'Die Verräterin', Drama in 3 Akten...

Rechte Nachrichten. Joffe in Berlin. Berlin, 13. Juli. Der Reichsfänger hat gestern, bevor er ins Große Hauptquartier zurückgekehrt ist...

Städtisches Konzerthaus. Samstag, den 13. Juli 1918, 1/2 7 Uhr. Zum erstenmal: Schwarzwaldmädel.

Palast-Theater. Karlsruhe. Tel. 2502. Herrenstr. 11. Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr. Dora Kaiser von der k. k. Hofoper in Wien in ihrem neuen Film Die Tänzerin.

Waldemar Psilander und Ebba Thomsen in Der Flammentanz. grosse Tragödie in 4 Akten. Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Residenz-Theater Waldstrasse. Samstag bis einschl. Dienstag. Die Verräterin. Schauspiel mit 4398. Leo Peukert u. Olga Desmond 20 Minuten Aufenthalt. Lustspiel in 2 Akten. Ein Kriegshundelazarett im Westen. Hochinteressant.

Mushilf-Zuschneider (Schneidemeister) für Herren-Konfektion, besonders zum Abstecken und Beaufsichtigung von Abänderungen suchen für sofort Spiegel & Wels. 4132. Praxis in Uniformen erwünscht.

Die rumänischen Kriegsheer unter Anführung von Generalen. Rumänien, 12. Juli. (Nicht amtlich.) Aus Jassy wird amtlich gemeldet: Im Laufe der heutigen Kammerstimmung...

Wasserstand des Rheins. Schupferinsel 2,85 Meter, gest. 3 Zentimeter; Kehl 3,22 Meter, gest. 2 Zentimeter; Maxau 4,80 Meter, gest. 3 Zentimeter; Mannheim 3,85 Meter, gest. 4 Zentimeter.

ULI Luxeum Lichtspiele. Kaiserstraße 168. Telefon 3985. Martha Novelly in Das Gewissen des Andern. Drama in 5 Akten. In den übrigen Hauptrollen: Bruno Dekarli, Theod. Loos, Bruno Kastner.

Unser Laden Kronenstraße 48, ist von Montag, den 15. Juli bis Montag, den 5. August geschlossen. Ebersberger & Rees, Zuckerverwarenfabrik.

Neueste Kriegskarte. Allgemeine Frontkarte des W.T.B., Ausgabe 1918. umfassend die Fronten Kiewort (Nordsee) bis Velfort, Gardses-Platz (Italien), Rußland, Ukraine (hier ist die Linie eingezzeichnet bis zu welcher unsere Truppen vorgezogen waren, sowie die im Friedensvertrag festgelegte Grenzlinie) und Kleinasien.

Einkoch-Apparate. schwer verzinkt, prima Qualität mit Thermometer Mark 25. Gummi-Ringe verschied. Größen. Einloch-Gläser von 1/4 bis 2 Liter mit Gummi-Ringe. Einmach-Gläser zum zubinden von 1/2 bis 2 1/2 Liter. Gesele-Gläser versch. Größen. Steintrüge 1/2 bis 2 Lit. Steintöpfe in allen Größen. Großer Vorrat, reelle Preise. Versand nach auswärts empfohlen.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstrasse 34, 1. Tel. 1846. Seiden-Chiffon-Tüll-Creppon-Voile-Blusen. Seiden-Tafft-Rips-Mäntel. Seiden-Eolienne-Mäntel. Seiden-Rips-Tafft-Moire-Jacken. Seiden-Trikot-Seidenkleider 3994. Keine Ladenspesen. Ein zuverlässiger Heizer kann sofort eintreten bei N. Pring, Brauerei, Karlsruhe.

# Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 15. Juli bis 21. Juli 1918.

- Sago**  
1/2 Pfund zum Preis von 24 Pfg. gegen die Marke A Nr. 90.
- Kochfertige Suppen XII.**  
(eigene Herstellung)  
1/2 Pfund zum Preis von 32 Pfg. gegen die Marke B Nr. 90.
- Marmelade**  
1/2 Pfund zum Preis von 46 Pfg. gegen die Marke C Nr. 90.
- Fett**  
125 gr. gegen die Fettmarken C und D Nr. 90 und zwar in den Fettverkaufsstellen  
Nr. 1-60 Dienstag bis Donnerstag  
Nr. 61-100 Donnerstag bis Samstag  
Nr. 101-200 Samstag bis Dienstag, 23. Juli 1918.  
In den Geschäften Nr. 3 und 4, Nr. 88-90, Nr. 84 bis 124 und Nr. 169-200 wird Landbutter, in den anderen Geschäften und auf F-Marken wird Tafelbutter abgegeben.
- Zucker**  
300 gr. gegen die Zuckermarke Nr. 90.
- Eier**  
Die Eiermarken A Nr. 89 werden noch eingelöst, soweit dies nicht schon geschehen ist.
- Dörrgemüse (Belbrüben)**  
1/2 Pfund zu M. 1.-, markenfrei.
- Sauerkraut**  
markenfrei in den städt. Verkaufsstellen. Preis 25 Pfg. für das Pfund.
- Kindernährmittel**  
1 Paket von 250 g zu 90 Pfg. gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 90.
- Fleisch**  
225 g (175 g Fleisch und 50 g Wurst).
- Kartoffeln**  
7 Pfund gegen die Kartoffelmarke C Nr. 90 mit Anhang für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarken C und D Nr. 90.
- Obstwein**  
auf Bestellung.
- Leigwaren**  
1/2 Pfund zum Preis von 12 Pfg. gegen die Sondermarke A Nr. 90.
- Graupenmehl** } 150 gr  
und  
15. **Saushaltmehl** } 250 gr  
beides gegen die kleine Brotmarke Nr. 90 über 300-gr Brot in den Bäckereien.

Die unter Ziffer 13, 14 und 15 verzeichneten Waren, ferner das in der ersten Hälfte des Monats Juli verteilte Graupenmehl und der Weizengries, sowie der Anstreich werden als Ersatz für die angeforderte Brotmenge gegeben.

II. Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 16. Juli 1918. Das Fleisch wird schon ab Samstag abgegeben. Die Metzgereibetriebe haben die Wochenmenge an Fleisch und Wurst in ihren Läden öffentlich anzuzeigen.

III. Entlassungsstellen für Sondermarken (Krankenzusatz- und F-Marken, Versorgung von Mutter und Kind und Zusatzkarten für Kindernährmittel) für die unter I bis 9 aufgeführten Lebensmittel:

Die städtischen Verkaufsstellen Kaiserstraße 74, Breitestraße 90, Karlstraße 23 und die Filiale der Firma Wammling u. Co., Rheinstraße 25. Für Fett ferner die städt. Verkaufsstelle Butterblume, Amalienstraße 29.

IV. Preis für Abrechnung und Ablieferung der Marken: für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit und für die anderen Waren: Mittwoch, den 24. Juli 1918.

V. Für die Woche vom 22. Juli bis 28. Juli 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Graupen 1/2 Pfund.	Dörrgemüse
Kochfertige Suppen 1/2 Pfund	Sauerkraut
Knorr- und Magerknorr 1/2 Pfund	Kindernährmittel
Zucker, Sonderzulage, 750 gr	Fleisch
Fett	Kartoffeln
Eier	Obstwein.

Karlsruhe, den 11. Juli 1918 4170

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Keine Wanze mehr für 2.-

... nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaal I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. 4094 Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpack. Mk. 2.-. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf: Otto Fischer, Karlsru. 74. Bei Einsend. v. Mk. 2.40 od. Postscheckkonto Berlin 31238. Porto fr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herrn A. Groessel, Berlin SW 11 Königgrätzerstr. 49

# Stärke

- Leib - Hauswäsche  
besorgt fortwährend  
(jetzt wieder mit kurzer Lieferfrist)  
Dampfwaschanstalt Schorpp  
Fernsprecher 725  
Versand nach auswärts unt. Nachnahme.

Annahmestellen:  
Karlsruhe: Kaiser-Allee (Anstalt), Rheinstr. 18, Gabelbergerstr. 1, Schillerstr., Kaiserstr. 34, 34, 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Jollystr. (Hirschbrücke), Wilhelmstr., Ludwig-Wilhelmstr. 5, Gabelw. 46;  
Durlach: Hauptstrasse 15;  
Rastatt: Poststrasse 6;  
Bruchsal: Wörthstrasse 6;  
B.-Baden: Langestr. 38.

## Brennholz

für alle Heizungen, sowie

## Unfeuerholz

liefert jedes Quantum, auch gegen Vergütung vor und ins Haus und sichert prompte und reelle Bedienung zu 4127

**Firma Ludwig Braun & Co.,**  
Brennholz-Säge- und Spalterei,  
Bündelholz-fabrik.  
Lagerplatz und Sägewerk Schlachthausstraße 13.  
Telephon 5222.

## Tabak

Mischung Marke „Nordländer“  
aus echtem Tabak und behördlich erlaubten Zusatzstoffen für Wiederverkäufer 4131  
50 Pakete zu etwa 70 Gr. M. 30.-  
für Selbstverbraucher 20 Pak. M. 14.-  
Versand durch Nachnahme  
**M. Gutmann**  
Berlin O 27 N.

## Stadtgarten Karlsruhe.

Nur bei schönem Wetter  
Sonntag, den 14. Juli 1918, nachm. von 3 1/2-7 Uhr,  
Volkstüml. Musikaufführungen  
ausgeführt von der Kapelle des Inf.-Bataillons, 1. Bad. Leibgren.-Regt. 109  
Musikleiter: Herr Königl. Obermusikmeister Willrich.  
Eintrittspreise:  
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten . . . . . 30 S.  
Soldaten vom Feldwebel abwärts u. Kinder unter 10 Jahren 40 S.  
Sonstige Besucher . . . . . 80 S.  
Vortrags-Ordnung 10 Pfennig. 4135

## Kurland-Ausstellung

Gross-Orangorie **Karlsruhe** Hans Thoma-Str.  
6.-22. Juli. 4133  
Täglich geöffnet von 10-7 Uhr.  
Eintrittspreis: 50 Pfg. Kinder Soldaten 20 Pfg.  
Tel. 1000.

Sie kaufen

# Möbel jeder Art

wie

## Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen

sowie einzelne Möbelfücke  
in bekannt 4123  
grosser Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**  
32 Kronenstrasse 32.  
Gekaufte Möbel werden einige Zeit kostenlos zurückgestellt.

## Umzüge

mit Möbelwagen und Rollen  
besorgt billig

**A. Mulfinger**  
Poststraße 8.  
Telephon 1700.  
Springel.

## Speisewirtschaft

Sofienstr. 73, Eingang Lessingstrasse  
Geöffnet von morgens 10 bis abends 10 Uhr.  
Heute und nächste Tage  
— erstklassiges fettes junges Rossfleisch —  
eigene Schlachtung  
— kräftige Bouillon —  
Gulasch — Sauerbraten mit Kartoffel und Salat.  
„Deutsch. Beefsteak“  
la. Fleischkühle  
in altbewährter Zubereitung.  
Von 10-12 Uhr Frühstücksportionen à 50 Pfg.  
Essen auch ausser dem Hause.  
Alles ohne Marken.  
Um gütigen Zuspruch bittet  
4117 **A. Adler.**

# Strümpfe

aller Art, auch abgechnittene, werden billig besorgt aus mitzubringendem Material. Auswärts Postverfand.  
**Strümpfnäherei Karlruhe,**  
Waldstr. 2! Bonbard. unter Seitenbau, 1 Treppe.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Chefschiffungen. Sally Reienthal von hier, Deleatanteur hier mit Lina Wagner, Witwe von Heddersdorf, Karl Althen von Eichenbach, Korbmacher in Mielbach, mit Marie Alent von hier, Eduard Heise von hier, Kellner hier, mit Rosa Luger, geb. Stal von Muggensturm, Wilhelm Hebe von Oes, Kulturamtsleiter hier, mit Wilhelmine Konrad von Wöhrbach, Richard Kall von Wankendorf, Kaufmann in Wankendorf, mit Mathilde Hebe von Wankendorf, Wilhelm Reiner von Clarben, techn. Betriebsbeamter hier, mit Emma Krämer von Reiterfen. Maximilian Josef Hierbold von Münden, Tapezier in Münden, mit Philippine Nichtenberg von Walsdorf, Gustav Haug von Wörzheim, Schuhmacher hier, mit Elisabeth Ambrosius von Frankfurt-Bodenheim.  
Todesfälle. Margaretha Wormer, 48 J. alt, Ehefrau von Franz Wormer, Bureauclerk. Robert, 9 Monate 28 Tage alt, v. Jul. Geiger, Schlosser, Karoline Köpfer, 63 J. alt, Witwe von Friedrich Köpfer, Bäckermeister, Gertrud Hiff, 25 J. alt, Kommerzienrath, ledig, Maria Poppel, 13 J. alt, ledig, ohne Beruf, Marie Wola, 25 J. alt, Ehefrau von Otto Wola, Fabrikarbeiter.

No. 4

Der Bon...  
am 15. Juli...  
Ungarn habe...  
sein der P...  
gungen Fro...  
Drufer des...  
am 15. und...  
haupten, for...  
angriffe auf...  
sich unter...  
ten Tage n...  
Italiener l...  
gezeigt habe...  
mit Schwun...  
den. Auch...  
General D...  
schiffere ge...  
Italiener, n...  
die Naturge...  
verfücht un...  
trotz aller...  
jedenfalls...  
den haben...  
finden; solc...  
sich, auch...  
der eigenen...  
borgebengt...  
Ob die...  
ganzung im...  
auf das C...  
den. Ich h...  
stehen Ziele...  
genden Wor...  
man nicht...  
festen miß...  
Sand der...  
Italiener...  
auch an...  
Ungarn, so...  
Günstig ge...  
cher Hil...  
der Bereini...  
landet sein...  
haben, miß...  
kann bereit...  
Weiche...  
Franzosen...  
Länder zu...  
front schwer...  
erwartung...  
nis, den n...  
neuer de...  
aber im un...  
richten wer...  
keine Anst...  
tebiger ein...  
er steht sic...  
Stimmung...  
Anstrengung...  
gibt es mir...  
man dem...  
tungen hinc...  
die Gegner...  
ste in der...  
gemocht, zu...  
nicht von...  
Treffen pro...  
So habe...  
6. 7. Juli...  
südtlich...  
am 5. we...  
kmalis, die...  
alle ohne...  
geiffen. Ab...  
weil man...  
sich nicht...  
wie die...  
nach ver...  
kerer Geg...  
stigten...  
ter und fon...  
feinen...  
Dortöfche...  
Unruhe un...  
uns ihre...  
keit zu...  
Unfähigkeit...  
Angehung...  
Sofie 1914...  
gegen ber...  
sehen. De...